

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	19
1. Von der Seuchenprävention zur Ressourceneffizienz – ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Abfallrechts	33
1.1. Der Aufbau der kommunalen Abfallentsorgung auf der Grundlage von Anschluss- und Benutzungszwang und Gebührenpflicht der Grundstückseigentümer	33
1.2. Die Entwicklung eines Bundesabfallrechts ab den 70er Jahren	36
1.3. Der Übergang von der Abfallbeseitigung zur Abfallverwertung in den 80er Jahren	40
1.4. Die Etablierung einer „dualen Entsorgungsordnung“ mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz von 1994	41
1.5. Der Einfluss des europäischen Abfallrechts	45
1.6. Das Ende der Deponierung und der „Kampf um den Abfall“	50
1.7. Die Ergänzung der kommunalen Entsorgungsverantwortung durch das Prinzip der Produktverantwortung	56
2. Was ist Abfall?	63
2.1. Der Abfallbegriff in § 3 Abs. 1 KrWG	63
2.1.1. Muss Abfall „beweglich“ sein?	63
2.1.2. Subjektiver und objektiver Abfallbegriff	65
2.1.3. „Abfälle zur Verwertung“ und „Abfälle zur Beseitigung“	66
2.2. Die Konkretisierung des subjektiven Abfallbegriffs in § 3 Abs. 2 und 3 KrWG	67
2.2.1. Erstreckung des Abfallbegriffs auf Verwertungsvorgänge	68
2.2.2. Abfalleigenschaft von Altkleidern?	69
2.2.3. Entledigung durch Unterlassen, insb. bei Kraftfahrzeugen	71
2.2.4. Abfall und Nebenprodukt	73
2.2.5. Umwidmung zu einer neuen Zweckbestimmung?	77
2.3. Der objektive Abfallbegriff nach § 3 Abs. 4 KrWG	85
2.4. Das Ende der Abfalleigenschaft	88
2.4.1. Die gesetzlichen Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft nach § 5 KrWG	89
2.4.2. Europäische und nationale „End-of-Waste“-Verordnungen	90
2.4.3. Wie lange ist Altpapier Abfall?	92
2.4.4. Ausschluss des abfallspezifischen Gefährdungspotenzials	93

2.5. Abfall und Eigentum – Wem gehört der Abfall?	99
2.5.1. Eigentumsverhältnisse bei Haus- und Sperrmüll	99
2.5.2. „Containern“ von Lebensmittelabfällen	101
2.5.3. Folgt das Eigentum an Abfällen der Entsorgungszu- ständigkeit?	104
2.5.4. Eigentumsrechtliche Abwehransprüche – und ihre Bedeutung in der Abfallwirtschaft	106
3. Die Verantwortung für Abfälle	111
3.1. Der Abfallerzeuger	112
3.1.1. Ersterzeuger und Zweiterzeuger	112
3.1.2. Abfallerzeugerbegriff und Verursacherprinzip	115
3.1.3. Abfallerzeuger in Auftragskonstellationen	116
3.2. Der Abfallbesitzer	118
3.2.1. Der Abfallbesitz des Grundstückseigentümers	119
3.2.2. Wichtige Ausnahme: Betretungsrechte der Allgemeinheit	121
3.2.3. Rückausnahme: Grundstücke der öffentlichen Hand	123
3.3. Die Reichweite der Entsorgungsverantwortung	127
3.3.1. Verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung der Entsor- gungspflichtigen	128
3.3.2. Das Erfordernis der Zuverlässigkeit eines Drittbe- auftragten	131
3.3.3. Besonderheiten bei Ersatzvornahmen bei Störermehrheit	134
3.3.4. Die Verantwortung für illegale Abfallablagerungen nach Landesrecht	135
3.4. Die zivilrechtliche und die strafrechtliche Verantwortung für Abfälle	142
3.4.1. Die zivilrechtliche Verantwortung für Abfälle	143
3.4.2. Die strafrechtliche Verantwortung für Abfälle	144
4. Die kommunale Entsorgungsverantwortung	147
4.1. Die fünfstufige Abfallhierarchie	147
4.1.1. Gesteigerte Verwertungspflicht des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers	149
4.1.2. Abfallvermeidung	151
4.1.3. Die Rangfolge der Verwertungsverfahren	160
4.1.4. Beseitigung	187
4.2. Die kommunalen Getrenntsammlungspflichten	189
4.2.1. Die kommunalen Getrenntsammlungspflichten nach dem bisherigen KrWG	189
4.2.2. Die kommunalen Getrenntsammlungspflichten nach dem neuen KrWG	191
4.2.3. Die kommunalen Getrenntsammlungspflichten für Elektroaltgeräte	218
4.2.4. Die kommunalen Sammelpflichten für Batterien	234

4.3. Der Ausschluss von der kommunalen Entsorgungsver-	
antwortung	239
4.3.1. Entsorgungsausschluss für Haushaltsabfälle	239
4.3.2. Entsorgungsausschluss für Abfälle aus sonstigen	
Herkunftsbereichen	243
4.3.3. Ausschluss einzelner Entsorgungsphasen	248
4.3.4. Die Umsetzung von Entsorgungsausschlüssen	250
5. Die Überlassungspflicht	253
5.1. Wesen und Zeitpunkt der Überlassung, insb. Nachsortierung und	
Verpressung von Abfällen	253
5.2. Mitwirkung bei der Überlassung, insb. bei Rückwärtsfahrverbot	257
5.3. Überlassungspflicht und Anschluss- und Benutzungszwang	263
5.4. Vorgaben für das Mindestvolumen	265
5.5. Kontrolle und Sanktionierung von Fehlwürfen	271
5.5.1. Definition von „Fehlbefüllung“	272
5.5.2. Befugnis zu Behälterkontrollen	274
5.5.3. Sanktionierung von Fehlwürfen	276
5.6. Der Begriff der Haushaltsabfälle	277
5.6.1. Standort und Bedeutung der Begriffsdefinition	277
5.6.2. Abfälle aus handwerklichen Renovierungs- und Reparatur-	
arbeiten, Wohnungsaufösungen	279
5.6.3. Einzelfälle	281
5.7. Ausnahmen von der Überlassungspflicht für Haushaltsabfälle	288
5.7.1. Eigenkompostierung	290
5.7.2. Rücknahmeregelungen im Rahmen der Produktver-	
antwortung	292
5.7.3. Freiwillige Produktverantwortung	293
5.7.4. Gemeinnützige und gewerbliche Sammlungen	296
5.7.5. Ausschluss von gemeinnützigen und gewerblichen	
Sammlungen	328
5.8. Die Überlassungspflicht für gewerbliche Beseitigungsabfälle	330
5.8.1. Die Pflichtrestmülltonne nach § 7 Abs. 2 GewAbfV	331
5.8.2. Festlegung des angemessenen Nutzungsumfangs	345
Stichwortverzeichnis	351